

ContraSalon

Dipl.-Ing. Jürgen Wahl ☀ Mein politischer Privatbrief No 16 – 1.10.2010

**neue märchen über 'eurokraten' + sicherung des gas-imports + entsorger-
verband gegen röttgen + stuttgart-21-panne würde Europa schaden + iaea
sieht für 2050 49.5% kernkraft in europa + mc.kinsey gegen brüssel +
gabriel bald kanzlerkandidat? ++ journalisten besonders oft konfessionslos**

Ein "neuer Gabriel"? Wird der SPD-Chef Kanzlerkandidat?

Großes Aufatmen beim SPD-Parteitag, bleibt Merkels Koalition defensiv?

Alt-Chronisten kommentierten: "So eine Rede, wie sie Gabriel am Sonntag (26.9.) hielt, haben wir von links in diesem Jahrhundert noch nicht gehört." Die eigentliche Sensation war nicht der oft vermerkte "Rückweg nach links" sondern die Fähigkeit Gabriels, mehrmals subtil und eindrucksvoll Selbstkritik einzubauen, dabei sehr menschlich vorzugehen und auch den Fall Sarrazin (für die Linke) überzeugend zu werten. Am rechten Unionsrand ist schon zu hören: "Gegen den können wir nur mit **Guttenberg** siegen." Eines ist nach Meinung von MP **Kurt Beck sicher**: "In den Medien kommt die Debatte über unseren Kanzlerkandidaten."

Für Europäer wichtig: Gabriel kündigte an, die S-Parteien in der EU würden sich so eng wie bisher die EVP zusammenschließen "und **erstmal mit einem gemeinsamen Programm**" in die Europawahl ziehen, "auch mit einem **Spitzenkandidaten**". Ein Name fiel dazu noch nicht. - Gemeinsames Programm? Wie wird die SPD mit der Tatsache fertig, dass einige S-Parteien fest zur Kernkraft stehen, auch ein Großteil der Gewerkschaften, nicht nur in Frankreich? Ich höre, die Lösung sei "ganz einfach", denn offizieller EU-Kurs sei, dass jedes EU-Land selbst entscheide, ob Kernkraft zum Energiemix zählt oder nicht.

Der längst angesagte Tod der Wochenzeitung Rheinischer Merkur

Falschinterpretieren und Ignoranten stehen am Grab in der Schlange

Ich habe es sicher leichter mit dem Exitus der Wochenzeitung "Rheinischer Merkur" als andere Kollegen. "RM"-Leser-Erfahrungen machte ich ab 1951, 1995 schied ich aus als Chefkorrespondent dieser bewusst ökumenischen Zeitung. Gegründet 1814 von Görres gegen Napoleon im Rheinland, freiheitlich katholisch, wurde das Blatt rasch verboten und stand erst nach dem Zweiten Weltkrieg neu auf - wieder im Westen, in Koblenz. Und von Anfang an als europäische Plattform und Anwalt französisch-deutscher Aussöhnung. Man hatte nie "richtig Geld", und damit entfielen ökonomische Antriebskräfte, die die ZEIT durch eine große ökonomisch-materielle Basis hatte. Wohl hatte der RM früh und zu Recht den Titel "Adenauers Leibblatt" und repräsentierte den guten Geist der christlich-demokratisch geführten "Bonner Republik". Doch aus sehr weltlichen Gründen und verlegerischer Ignoranz reüssierte das Blatt nicht, blieb schon bei 100.000 Auflage stecken und kam kurz bis 115.000.



**Jean-Claude Juncker
half auch nix mehr**

Am Ende waren einige katholische Bistümer die Eigner, wurde der "RM" erfolglos mit "Deutscher Zeitung" sowie "Christ und Welt" fusioniert, kam man vom Ruch "katholisch-konservativ" nicht los und saß auf einer schrumpfenden Insel. Der Kölner Kardinal mit seinem materiellen Über-Einfluss verstärkte noch den Ruf des RM, weiter stockkonservativ und als Mittelchen gegen den so genannten linken CDU-Flügel nützlich zu sein.

Tatsächlich wurde das Blatt öfter einmal liberaler und sozialer dank einiger mutiger Redaktionsmitglieder. Doch sein schwarzer Ruf blieb, und der Chefredakteur verbog dieses gute Blatt noch weiter, in welchem einmal Heiner Geißler und Peter Glotz als Kolumnisten schrieben. Als der Luxemburger Premier Jean-Claude Juncker, ein bewährt christdemo-

kratischer Verächter alles politisch Konservativen, spät unter die Herausgeber gehoben wurde, nützte dies leicht voraussehbar nichts mehr.

Sicher sind am Tode des RM nicht nur der jetzige Kölner Kardinal, der letzt-jetzige Chefredakteur und früher schon viele diözesane Dilettanten schuld, ebenso reiche Zögerer aller Art und Politiker, die heute noch opportunistischer und feiger sind als gestern. Vakuum bebrütend! Viele, auch ich, sind nun traurig mit einigen echten Idealisten, die deshalb ihre Arbeit verlieren.

Heute denke ich trotz meiner Wut dankbar zurück an unsere große RM-Zeit um 1968 herum. Damals konzipierten **Otto B. Roegele** und **Anton Böhm** mit mir die RM-Serie "Schwächen des Establishment". Roegele hatte den Mut, den Begriff "konservativ" als "fehlleitend" zu bannen, Böhm hielt ihn für "verbraucht". Hätten wir nur damals schon in einen Begriff gegossen, was wir mit dem RM zu fördern suchten: **christlich-liberale, mit sozialer Reform** verbundene Politik. Die Vision ging bald verloren und fiel Grau-Konservativen zum Opfer. Dass der RM 2009/2010 etwas liberaler wurde, konnte ihn nicht mehr retten. **JW**

Ein doof-plumpes "Opa"-Märchen über Pensionen der EU-Bediensteten 27 Regierungen und nicht die "Eurokraten" selbst entscheiden über Bezüge

Ich nehme an, in Ihren Zeitungen kommt das Thema auch vor, deshalb referiere ich exemplarisch den Vorurteile schürenden Unsinn, der am 24.9.2010 im **Bonner General-Anzeiger** stand. Es ging los mit einer der typischen Überschriften: **"Teurer Opa in Europa"**.

Und dann: Nach 50 Jahren würden die Brüsseler Pensionen 100 Milliarden Euro kosten. Eine dies aufhellende Statistik von 20 Seiten lasse sich **"nicht länger geheim halten"**. Ich habe sie längst aus dem Parlament. Schließ der GA-Mann?

Mehr als 16.000 EU-Bedienstete seien schon Pensionäre, weiß auch er. Die Bundesregierung sähe "keine Chance, die Ausgabenwelle zu stoppen". Sage "man" in Berlin. "Man" hat keine Ahnung von EU-Ministerrat, und die Kommission weist auf die Reform von 2004 hin, die den Anstieg der Kosten abgesenkt habe. Und dann diese uralte Jacke: Hauptschuld seien die "deutlich höheren Bezüge" der "Brüsseler" gegenüber deutschen Beamten. Schließlich breitet das Blatt noch aus, dass viele "Brüsseler" mit 60 statt der vorgesehenen 63 Jahre an Pension gingen. Interessant: Verfasser Detlef Drewes beruft sich mehrmals auf das Berliner Bundesfinanzministerium. Haushälter des Europäischen Parlaments, @



@ **"Eurokraten" entscheiden viel,
doch nicht über ihre Bezüge**

Juristen der Botschaften und Brüsseler Altbeamte hätten ihm folgende Wahrheiten serviert:

Wie so oft, entscheiden nicht die "Eurokraten" selbst über ihre Gehälter und Pensionen, sondern der Ministerrat aufgrund von Vorschlägen. Sein Problem - wie früher bei den Diäten der Europaabgeordneten - ist die **breite Skala von Bezügen der nationalen Staatsdiener, verteilt über 27 Länder**. Der Rat musste versuchen, und hat es mit Erfolg geschafft, dass im Netzwerk egalisiert wurde. Wahr ist natürlich, dass dabei nicht die dünnste nationale Gehaltsskala obsiegt, sondern eine wesentlich höhere.

Es wird auch wieder verschwiegen, dass mehrsprachige Experten mit Auslandserfahrung schwer davon abzuhalten sind, Posten in der Wirtschaft einem EU-Posten vorzuziehen. Gute Korrespondenten in Brüssel kennen das Problem genau, auch die Tatsache, dass deutsche Bewerber mangels exzellenter Kenntnisse immer noch oft durchfallen. Problemkern: Warum wohl erhielten Ex-Kommissare oder Ex-Generaldirektoren als Pensionäre in Banken oder Konzernen bis zum Zehnfachen ihrer letzten Bezüge?

Drewes und seine so gedachten Berliner Experten wissen offenbar nicht, **wodurch in großem Umfang das Abgangsalter sackte**. Die EU nahm 2004 zehn neue Staaten auf, wenig früher schon drei, zusammen also 13 von heute 27. Folglich wurde 1. die Verwaltung sowieso größer, 2. **mehr noch wurden Posten zugunsten der Neuankömmlinge freigemacht = Mehrung der Frühpensionäre**. Alle diese Schritte mussten auf **Wunsch**

und Druck des Rates und der Mitgliedstaaten erfolgen. Folglich steigen die Pensionen mit.

Und Drewes klagt auch noch, Ex-Kommissare bezögen Pension neben den Einkommen aus neuen Jobs. Er hätte schreiben können, dass auch dies der Ministerrat abstellen könnte, tut er aber bis heute nicht, denn er müsste es einstimmig tun.

So sind **neue Wut auf Brüssel plus Neid** allein schon durch Weglassen von simplen Wahrheiten gesichert. Das Verblüffendste: Alle diese Details sind seit Jahrzehnten immer wieder verbreitet und auch immer wieder korrekt berichtet worden. Man muss offenbar nur längere Pausen machen, um dann zu urteilen, dass der Leser alles vergessen hat und nunmehr neue Leser-Jahrgänge in die Irre geführt werden können. Leider beteiligen sich viele Europaabgeordneten zu wenig an der Abwehr der groben Unwahrheiten und Fälschungen. **Haben sie resigniert?** Fragen Sie mal an...

WERKSTATT EUROPA

Bekannt wurde schon oft, dass grün oder rot-grün regierte Kommunen rekordverdächtige Resultate ihrer Umweltpolitik in die Medien schaufeln konnten. Die **aktuelle KPMG-Studie 57** kommt indessen nach häufigen Tests zu dem Ergebnis, dass Vergleiche zwischen Städten an **unübersichtlich vielen Messmethoden** und Definitionen scheitern müssen. Vor allem wird davor gewarnt, dass Ergebnisse "willkürlich ausgewählt und **interessengeleitet**" (siehe Fa. Solarwelt) verwendet werden. Nicht gesagt wird in der Studie, dass immer wieder die Lokalpresse auf Manipulationen von Umweltpolitikern hereinfliegen.

Herbert Reul MdEP, Energie-Experte im Europäischen Parlament, begrüßte, dass es der EU gelang, ein **System gegen Lieferunterbrechungen bei z.B. Gas** auf den Weg zu bringen, umzusetzen spätestens 2014. Neue Standards sichern die **Erdgasversorgung für 30 Tage Minimum**, und es wird dafür gesorgt werden, dass private Energie-Kunden nicht Opfer einer Besserversorgung von Großkunden werden. Die neue EU-Verordnung folgt den Erfahrungen, die mit russischen Gaslieferungen gemacht wurden.

Elmar Brok MdEP, außenpolitischer Koordinator der EVP, fiel unpolitisch auf. Der **Europäische Jugendherbergensverband EUFED** ernannte Brok zum **Botschafter** der europäischen Jugendherbergen, die seit 101 Jahren ihren guten Ruf festigen. **Rainer Wieland** MdEP, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, zählte zu den ersten Gratulanten. **Doris Pack** MdEP, Vorsitzende des EP-Ausschusses für Kultur und Bildung, wünschte dem neuen Botschafter ein erfolgreiches Amtsjahr.



Elmar Brok MdEP

Dr. med. Peter Liese MdEP, gesundheitspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion, freut sich darüber, dass das Parlament **Teil I des europäischen "Pharma-Pakets"** annahm und auch darüber, dass der Ministerrat dem Votum folgen wird, so dass Europas Kranke ihn 18 Monaten wirklichen Nutzen haben werden. Z.B. davon, dass Beipackzettel online in der ganzen EU in den EU-Amtssprachen verfügbar sein werden. Auch werden Zulassungsbehörden künftig auch **nach** Zulassung eines Medikaments Daten zur Wirksamkeit gewinnen dürfen. Auch wird eine **europäische Arzneimitteldatenbank** errichtet. Bisher musste z.B. ein Arzt in der Normandie in einem Spezialbuch französische Namen für die Medikamente eines deutschen Touristen suchen (und nicht immer finden).

Rascher Klimawandel

Ungekürzter Kommentar im MANAGER-Magazin vom 25.9.2010

Norbert Röttgen (45) wäre 2007 beinahe mal Hauptgeschäftsführer beim Bundesverband der Deutschen Industrie geworden. Öko-Ideologen haben normalerweise andere Lebensläufe. Doch zur allgemeinen Überraschung steuert Röttgen als Umweltminister einen harten Konfrontationskurs



Je nach Lage pro und contra: Norbert Röttgen

gegen Unternehmen und Wirtschaftsverbände. Röttgens Gegner Nummer eins sind dabei die vier großen Energiekonzerne. Dem Vernehmen nach macht der Minister **bei ausgeschaltetem Mikro** keinen Hehl daraus, dass er die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke ohne Zustimmung des Bundesrats für verfassungswidrig hält. (Auf Rat seines rot-grünen Hauses; **Red.C.S.**)

Nun mögen Konflikte zwischen Umweltminister einerseits und RWE, Eon, Vattenfall und EnBW andererseits zum politischen Normalbetrieb gehören. Doch Röttgen hat auch eine Branche gegen sich aufgebracht, die normalerweise zu den treuen Verbündeten seines Hauses zählt: die Solarindustrie. Die Chefs der großen deutschen Solarzellenhersteller, allen voran Solarworld-Vorstandschef Frank Asbeck (51), hatten in Briefen und Gesprächen Röttgens Einsatz bei der EU eingefordert, um per Richtlinie ein Verbot von Kadmiumverbindungen in Solarzellen zu erreichen. Hintergrund: Die meisten deutschen Solarunternehmen produzieren ohne dieses giftige Schwermetall, im Gegensatz zum US-Wettbewerber *First Solar*, der auch eine Fabrik in Brandenburg betreibt.

Doch Röttgen lehnte es ab, sich für die deutsche Solarindustrie einzusetzen. Eine im **Oktober zur Abstimmung im Europaparlament** anstehende Gefahrstoff-Richtlinie wird die Solarbranche voraussichtlich ausnehmen. In Erklärungsnot bringen könnte Röttgen dabei ein von Solarworld in Auftrag gegebenes, noch nicht veröffentlichtes Gutachten, nach dem **bei Bränden** relevante Kadmiummengen aus den Solarpanels austreten können.

Von Röttgen enttäuscht zeigt sich auch die Entsorgungsbranche. Im August legte das Umweltministerium den Entwurf des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes vor, „das Grundgesetz der gesamten Entsorgungsbranche für die nächsten 10 bis 15 Jahre“, so Peter Kurth (50)(CDU), Präsident des Entsorger-Verbands BDE. Er sieht „erheblichen Nachbesserungsbedarf“, vor allem weil Kommunen laut Entwurf in Zukunft möglicherweise ein Monopol auf die lukrative Wertstoffsammlung beanspruchen könnten. Röttgen hält sich damit an eine inoffizielle Stall-Order der Bundesregierung: Neue Konflikte mit Städten und Gemeinden sollen um jeden Preis verhindert werden, weil im Laufe der Legislaturperiode noch schwierige Finanzverhandlungen mit den Kommunen anstehen. Ob Autoindustrie oder energieintensive Branchen: **Die Liste derer, die Röttgen gegen sich aufgebracht hat, ließe sich fortsetzen.** "Dass der beinahe mal beim BDI gelandet wäre - schwer vorstellbar", stöhnt ein Verbandschef.

Christian Rickens

"Stuttgart 21" = Lärm in Sackgassen.

Europäischen Netzen drohen schwere Planungsschäden

Der folgende Text weitet die enge Perspektive des Stuttgart-21-Krawalls, denn es geht um gesamteuropäische Folgen. Bernd Posselt, CSU-MdEP, hat sich seit Jahren um gesamteuropäische Lösungen im Fernverkehr verdient gemacht - bei Schiene wie bei Straße. Ich bitte um Nachsicht, wenn auch hier - leider - gekürzt werden muss. Wollen Sie mehr wissen, wenden Sie sich ans Büro Posselt MdEP in Brüssel: 00322 284 5232

Das größte Infrastrukturprojekt Mitteleuropas, fälschlicherweise "Stuttgart 21" genannt, droht in populistisch geschürten Protesten unterzugehen. Dabei geht es nicht, wie behauptet, um eine kommunale oder landespolitische Frage, die man durch ein örtliches oder regionales Referendum lösen könnte. Es geht um die Zukunft weiter Teile Mitteleuropas sowie um eine Weichenstellung künftiger europäischer Verkehrspolitik.

Europa ist durch Wirtschaftswachstum, Grenzöffnung, Binnenmarkt und Fall des Eisernen Vorhanges in die Nähe eines Verkehrsinfarcts geraten. Immer mehr **Kurzstreckenflüge verpesten die Umwelt**, und trotz zahlreicher Baumaßnahmen drohen die Autobahnen im Verkehr zu ersticken. Als Alternative haben Rat, Kommission und Europaparlament schon in den achtziger und neunziger Jahren die Vision transeuropäischer Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnnetze entwickelt, die jedoch von den Staaten finanziell unzureichend ausgestattet wurden. Das Europäische Parlament versucht, durch geschickte Konzentration von Haushaltsmitteln bislang vernachlässigte grenzüberschreitende Strecken



Bernd Posselt MdEP

voranzutreiben...Eine Frucht solcher Anstrengungen wird diesen Herbst sichtbar, wenn die Schnellbahnbrücke über den Rhein von Straßburg nach Kehl fertig wird. Nach der Kriegszerstörung überwindet nun wieder ein zweispuriges Konstrukt den Fluss, noch dazu eines, das den Schiffsverkehr darunter erleichtert und über das TGV wie ICE mit 160 km/h brausen können.

Doch die Brücke markiert noch den Übergang zwischen zwei Eisenbahnzeitaltern. In Frankreich fährt der TGV vom Pariser Flughafen Charles de Gaulle oder vom Zentrum der Seine-Metropole in zwei Stunden 20 Minuten ins 500 km entfernte Straßburg. Ist das letzte Teilstück von Baudrecourt in Lothringen in den Straßburger Vorort Vendenheim auch noch fertig, sinkt die Reisedauer deutlich unter zwei Stunden. - Jenseits Straßburg lauern aber bereits die ... langsame Appenweierer Kurve und der Engpass Rastatt, bevor der Zug zwischen Karlsruhe und Stuttgart endlich wieder Fahrt aufnehmen kann. Vom Neckar bis Salzburg herrscht erneut eisenbahnpolitische Vergangenheit - auf der Schwäbischen Alb etwa bei Tempo 60 -, lediglich zwischen Augsburg und München steht ein schnelleres Teilstück vor der Vollendung.

Die Stuttgarter Debatte: Es geht angeblich um Verschwendung: um die Beschleunigung um einige Minuten durch den Einsatz einiger Milliarden Euro. Tatsächlich muss man jedoch die Verwandlung des Stuttgarter Kopfbahnhofes in einen unterirdischen Durchgangsbahnhof, den Bau einer zweiten Station, die Messe und Flughafen draußen auf den Fildern anbindet, sowie die Untertunnelung der Schwäbischen Alb zwischen Wendlingen und Ulm als entscheidend dafür ansehen, ob die "Magistrale für Europa" Paris-München-Budapest **überhaupt zustande kommt**. Ein Baustopp würde auch Straßburg, Karlsruhe, Ulm, Augsburg, München und Salzburg mit ihrem jeweiligen Hinterland abhängen. Und schon heute mehren sich in Fahrplänen Verbindungen von Paris über Frankfurt, Nürnberg und Passau nach Wien.

Das Gleiche gilt für die andere der beiden zentralen Eisenbahnachsen, die nach dem Willen der EU beschleunigt werden sollen und sich in München kreuzen, nämlich jene von Berlin über Erfurt und Nürnberg nach München und Rom. Wenn das **Bundesumweltamt (!)** behauptet, der Weiterbau von Nürnberg nach Erfurt und Leipzig, der die Fahrt von München nach Berlin **um ein Drittel verkürzen** würde, sei Geldverschwendung, muss man sich Details dieser Studie anschauen. Sie geht nämlich **lediglich vom Güterverkehr (!)** aus, vernachlässigt den Personentransport und plädiert einseitig für die Ertüchtigung der Rheinschiene über die Schweiz nach Italien. Gleichzeitig werden die Zulaufstrecken von München nach Tirol nicht verbessert und das Jahrhundertprojekt des Brenner-Basistunnels, der überfällig ist, unter Beschuss genommen.

Lediglich Österreich hat seine Pflicht getan, gerät aber in die Kritik: Denn was sollen die Tiroler Hochgeschwindigkeitsgleise, die demnächst fertig werden, wenn sie an der bayerisch-österreichischen Grenze beginnen und **bereits am Brenner wieder enden?** Österreich hat, wie Frankreich, auch die Magistrale Paris-Budapest bereits entscheidend vorangetrieben. Zwischen Salzburg und Wien wird trotz knapper Kassen ein Hochgeschwindigkeitsabschnitt nach dem anderen fertig. In Linz entstand einer der modernsten Bahnhöfe auf der Route, Salzburg und St. Pölten ziehen nach. Ein Tunnel unter dem Wienerwald und sowie des Stadtteiles Lainz macht ebenso Fortschritte wie die Errichtung eines neuen Wiener Hauptbahnhofes, der als Durchgangsbahnhof die alten Kopfbahnhöfe ablöst. Diese Projekte beziehen auch den Flughafen Schwechat sowie das dynamisch expandierende Hauptstädte-Dreieck im Donauraum Wien-Preßburg-Budapest mit ein und entsprechen in ihrer Dimension Stuttgart 21 - **allerdings fast völlig ohne Proteste**.

Am Schwung der Österreicher kann sich Deutschland ein Beispiel nehmen. Neben "Stuttgart 21" müssen andere Schwachstellen der großen Transversale wie der Ausbau München-Mühlendorf-Freilassing-Salzburg in Angriff genommen werden. Davon hängen nicht nur das bayerische Chemiedreieck und die Anbindung des Münchener Flughafens ab, sondern auch die Zukunft der gesamten Linie Paris-München-Budapest und die Bewältigung des anschwellenden Verkehrsaufkommens im Vorfeld des Brenner-Basistunnels.

In diesem Herbst feiern wir den Mut der Pioniere, die vor 175 Jahren in Mitteleuropa mit dem Eisenbahnbau begannen. Zuerst verband die Schiene nur Nürnberg und Fürth, doch bald

entstand die Vision, den Deutschen Bund durch die Bahn nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch besser zu integrieren. Heute geht es in ähnlicher Weise um den ganzen Kontinent Europa.

UMWELTRGIEUMWELTTECHNIKENERGIEUMWELTTECHNIKENERG I

@ Bei der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA in Wien hat man für das Wort "Brückentechnologie" nur Spott über Berlin übrig. Laut einer neuen Prognose der IAEA wird der **Anteil der Kernenergie** zur Deckung der steigenden Stromnachfrage in Westeuropa **von derzeit 26,3 % bis zu 49,5 % im Jahre 2050** steigen (FAZ 17.9.10, dpa 15.9.10, PM DAf 16.9.10). Das ist eine Bestätigung von 15 Umfragen über viele Jahre, wonach sich mehr als 60 % der befragten europäischen Völker für die Kernkraft aussprachen.

@ *ContraSalon* brachte: Abstimmung im finnischen Reichstag am 1.7.2010. Aus dem Protokoll: "159 Abgeordnete stimmten für die Endlager-**Erweiterung**, 35 dagegen." Jürgen Trittin: "Es gibt weltweit kein Endlager." Ergänzung CS: Es waren für die Endlagerung in dem noch nicht vollendeten Granitstollen anfangs 9.000 KKW-Abfall vorgesehen. Die Erweiterung sieht nun **12.000** Tonnen vor. Zur SPD/Grüne-Abwehr: Weil der Stollen die geplanten 420 Meter Länge noch nicht hat, wird weiter gelogen, es gäbe in Europa kein Endlager.

@ ZDF-Irreführung: Tschechien habe noch immer einen Reaktor von Tschernobyl-Typ. Wahr ist 1. Der Tschernobyl-Typ, der in Tschernobyl brach, stand und steht nicht in Tschechien. Es handelt sich 2. um eine **anderes** russisches System, das von u.a. den USA saniert wurde.

@ Zu der Weltenergie-Konferenz der führenden Energiekonzerne in Montreal (6000 Teilnehmer aus 137 Ländern, die alle drei Jahre stattfindet heißt es: „**Visionen** über ein bevorstehendes Zeitalter erneuerbarer Energien wurden im Plenum **nicht behandelt**.“ Damit wird ein weiteres Mal bestätigt, die Erneuerbaren können nicht das leisten, was man ihnen in Deutschland zuspricht.

@ "Die hohen Ökostromkosten von voraussichtlich 9 Mrd. € im Jahr 2010 und von bis zu 15 Mrd. € im Jahr 2011 für einen vergleichsweise geringen Anteil an der Stromproduktion sind ein Beleg dafür, dass das **Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) keine optimalen Ergebnisse** liefert. Das **planwirtschaftliche (sic!) Energiekonzept** der Bundesregierung fördere die Begehrlichkeit der großen Stromversorger, **an der Förderung der Erneuerbaren teilzuhaben** und stark in Erneuerbare zu investieren. so der **Präsident des Kartellamtes Andreas Mundt**: Seine Forderung: Ein Umsteuern in der Ökostromförderung.

@ Laut einer **McKinsey-Studie werden beim Ausbau der Solarenergie Milliarden verschleudert**, vor allem weil die Energiepolitik in der EU nicht abgestimmt ist und jedes Land eigene Richtlinien verfolgt. Auf **Zusatzkosten von mehr als 2.000 Mrd.€ schätzt McKinsey die Kosten für nationale Alleingänge** innerhalb der EU. Zur Verhinderung dieser unsinnigen Kosten, sollte nach Ansicht von McKinsey der Strom dort produziert werden, wo die Sonne am meisten scheint, also in Südeuropa bzw. wo der Wind am stärksten und längsten bläst z.B. vor der britischen Küste. Der Bau von zusätzlichen Stromtrassen, wäre immer noch sinnvoller als die ständige unrentable Produktion von Solar- und Windstrom an ungeeigneten Standorten (HANDELSBLATT, 16.9.10.)

MEDIEN



Das Meinungsforschungsinstitut **FORSA**, das einem SPD-Genossen gehört, hat nach Meinung von Konkurrenten der

Branche **"vor dem SPD-Bundesparteitag Umfragen frisiert"**. SPD und Grüne lagen plötzlich gleichauf. Die Fälschung, so ein sozialdemokratischer Radio-Mann, habe **"Sigmar Gabriel** sicher dabei geholfen, die Reihen zu schließen".

Neues vom "neuen" DPA: Nach dem Umzug an die Spree hat man 3800 Quadratmeter, einen 152 Meter langen Newsroom und 300 Arbeitsplätze mit je 2 oder 3 Bildschirmen. Die Struktur hat der neue Chef **Wolfgang Büchner** bei AP in New York und bei APA in Wien abgeschaut. Das neue Redaktionssystem INES macht sich. Der Umgangsstil mit den Kunden soll sich ändern: "DPA soll wie ein zusätzlicher Kollege mit am Tisch sitzen." - DPA wird kämpfen müssen. Die Agentur DAPD, hervorgegangen aus AP und DDP lockt mit niedrigeren Preisen. Unsouverän petzte DPA schon am **Kartellamt gegen DAPD**. 30 neue Redakteure erzwingen Einsparungen, zum Beispiel die Abschaffung gesponsorter Pressereisen.

Eine schweizerische Forschungsgruppe aus Winterthur und Chur hat dokumentiert, dass in keiner Berufsgruppe **so viele Konfessionslose sind wie in der der Journalisten**. Folglich wissen die Journalisten "rein sachlich" fast nichts über die christliche Religion, auch kaum über andere. Das führe dazu, so die Forscher, dass die meisten Journalisten auf dem Gebiet Religion "kaum sachliche Fragen stellen (können)".

42 Millionen Euro investiert der **Koblenzer Mittelrhein-Verlag** in ein neues Druckhaus und verblüfft die Branche, die fortschreitenden Zeitungstod durch Online-Ausdehnung fürchtet.

Der Journalist **Dirk Maxeiner** wird auf der Frankfurter Buchmesse eine neue Zeitung mit dem Titel **NEUGIER** vorstellen. Er sagt, "Kollegen von der Achse des Guten" würden schreiben, darunter **Henryk M. Broder**. Die erste Ausgabe werde Indien auf unerwartete Weise vorstellen. Ich höre das alles mit Skepsis.

Roland Kochs legendärer Pressesprecher **Dirk Metz** hat in Frankfurt die Agentur "Dirk Metz Kommunikation" gegründet. Der Erfinder der "brutalstmöglichen Untersuchung schwarzer Kassen" der CDU macht neugierig.

Dominik Wichmann, Chefredakteur des SZ-Magazins in München, zieht an die Alster. Mitte 2011 wird er Vize-Chef des STERN und damit **Kronprinz von Petzold & Osterkorn**.

Uwe Wittstock wird Literatur-Chef bei **FOCUS**. Der Konservative war früher bei der FAZ, dann mit **Wolfram Weimer**, seinem neuen Chef, bei der WELT. Damit füllt sich FOCUS weiter mit Weimer-Freunden.

Wolf-Dieter Ring, CSU-treuer Präsident der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien, verdient pro anno 305.682 Euro. Alle seine Kollegen in anderen Bundesländern bekommen davon die Hälfte oder auch weniger.

Jetzt kommt ein Brecher: Das Buch mit dem langen Titel **"Die Casting-Gesellschaft. Die Sucht nach Aufmerksamkeit und das Tribunal der Medien"**. Im Kölner Herbert-von-Halem-Verlag, mehrere Autoren, darunter **Bernhard Pörksen**, Medienwissenschaftler an der Uni Tübingen. Details noch nicht bekannt. Einen Vorabdruck brachte die FAZ am 25.8.2010.

Nur dreißig Tage nach dem Sarrazin-Knall **Dieser Text erschien im Mediendienst "V.i.S.d.P." am 24.9.2010**

Okay, Kollegen, wir haben jetzt einen guten Monat Sarrazin-Debatte hinter uns –Zeit nach vorne zu blicken. Da erscheint zum Beispiel ein Buch mit dem Titel „Die Macht der Erinnerung“ – ursprünglich sollte es „Die Wahrheit“ heißen. Die Autorin: Erika Steinbach, Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen (BdV) und hessische CDU-Bundestagsabgeordnete mit leichtem Rechtsdrall... Lange kann es nicht mehr dauern: Beim Universitas-Verlag, der zur stellenweise rechtsextremen Fleissner-Verlagsgruppe gehört, heißt es, das Buch werde in diesen Tagen ausgeliefert. Wir erwarten eine Debatte nach bewährtem Muster: Gezielte Provokationen, die gern Bezug auf Holocaust und Weltkrieg nehmen, zu überdrehten Gegenreden einladen und sich mit freundlicher Unterstützung von Kommentatoren und "Analysten" aus den Medien in rasender Geschwindigkeit zu einem medialen Wirbelsturm entwickeln. Da hilft nur Kopf zwischen die Knie und in eine Ecke hocken, bis das Ganze vorbei ist.

Muss das so sein? Geht es nicht auch anders? Wäre es denkbar, dass die Vernunft den Sensationismus ausschaltet? In den Vereinigten Staaten kam anlässlich der angekündigten Koran-Verbrennungen die Frage auf, wer für die erwarteten gewaltsamen Proteste eigentlich verantwortlich sei. Der verrückte Pastor? Oder die Medien, die ihn zum Star gemacht haben? „Stop giving idiots so much attention and only their neighbors will have to deal with their shit, instead of the whole world“, schreibt eine Freundin bei Facebook. „If a Koran burns in Florida and the media doesn't cover it, does it still make a sound?“

Genauso sollte man fragen: Wenn Erika Steinbach ein Buch herausbringt, und niemand schreibt darüber, ist es immer noch eine Provokation? Frau Steinbach jedenfalls schmiert ihren Propaganda-Apparat. Sie bricht gerade die Brücken hinter sich ab, um sich auf eine größere Schlammschlacht vorzubereiten. So nutzte sie die Sarrazin-Debatte für einen Eklat in einer CDU-Fraktionssitzung. Sie könne nun mal nicht ändern, sagte sie, dass Polen schon im März 1939 mobil gemacht habe. Wenige Tage später, während eines ARD-Frühstücksfernsehen-Geplauders mit Werner Sonne im (Berliner) Café Einstein, ließ sie **nebenbei** den Satz fallen, der ehemalige polnische Außenminister und Deutschland-Beauftragte **Wladyslaw Bartoszewski habe einen schlechten Charakter**. Sonne fragte entgeistert nach, aber Steinbach bestätigte die Beleidigung des 88-jährigen Auschwitz-Überlebenden zufrieden grinsend ein weiteres Mal. Eine Begründung wollte sie nicht geben, verwies aber gern auf ihr Buch, das demnächst erscheine und in dem alles nachzulesen sei.

„**B**artoszewski hat einen schlechten Charakter, - das sagen Sie hier heute Morgen so ohne wenn und aber?“ „Das sage ich ohne wenn und aber.“ Jedem Politiker und Berichtersteller mit etwas Routine war klar, dass diese Äußerungen Köder waren, die im Wesentlichen dazu dienten, Aufmerksamkeit zu erlangen und Empörung zu provozieren. Jeder, der entschied, darauf zu antworten oder darüber zu berichten, **traf die Entscheidung, Steinbachs Spiel mitzuspielen** oder sich selbst zur Figur in diesem Spiel zu machen. Verantwortung zu übernehmen hätte bedeutet, still zu halten. - Nun, das hat nicht geklappt.

Die Empörung, echt oder kalkuliert, war groß. Eine „Widerlichkeit“ und ein „Skandal, wie ich ihn in internationalen Beziehungen sonst nur von Rechtsradikalen kenne“, sagte Kurt Beck und forderte Steinbach zum Verzicht auf ihr Bundestagsmandat auf. Die nahm nach einiger Zeit und auf sehr herablassende Art ihre Äußerung 'zurück' – was immer das bedeuten soll. Zwischenergebnis: Die Sache läuft. - Die **traurigste Rolle** in dem immer öfter aufgeführten Stück „Man wird doch wohl noch sagen dürfen“ **spielen wir Journalisten**. Statt eine Inszenierung, deren Zweck es ist, politisches Kapital zu schlagen oder auch nur viel Geld zu verdienen (**Sarrazins Werk liegt bei 650.000 Exemplaren**), als eben solche zu beschreiben – oder besser noch: zu ignorieren –, **wirken Zeitungen und Fernsehsender aktiv daran mit, die Hysterie anzufeuern**. Sie rechtfertigen sich mit Hinweis auf journalistische Kriterien: Relevanz, Interesse, Aktualität. Aber **wie relevant** ist der Verband der Vertriebenen, wie interessant ist eine **weitere** beleidigende Äußerung seiner Vorsitzenden und wie aktuell sind abseitige Terminfragen von 1939?

Es gibt natürlich andere Anreize, absichtsvoll inszenierte Debatten groß zu machen – im Fall Sarrazin besonders deutlich in der Doppelmoral des **SPIEGEL**, der durch den Vorabdruck **sich selbst einen Anlass** lieferte, zwei Wochen später zu analysieren: „Warum so viele Deutsche einem Provokateur verfallen“. Diese Ausgabe verkaufte sich angeblich 20 Prozent öfter als sonst üblich. Die **Quoten von „Hart aber fair“ waren noch nie höher. Und so weiter**. Das alles muss diesmal nicht so sein. Noch ist es nicht zu spät, neue journalistische Tiefpunkte zu verhindern. Denn niemand muss Frau Steinbach zu einer noch einflussreicheren und wohlhabenderen Frau machen. Es wäre so einfach. Jetzt ist für uns Journalisten exakt der richtige Zeitpunkt, sich ein paar Dinge vorzunehmen: **Ruhe bewahren. Kurt Beck einfach mal nicht zitieren**. Und überlegen, ob es nicht Ereignisse auf dieser Welt gibt, über die zu berichten sich tatsächlich lohnen würde.

Jürgen Wahl, Seibachstraße 6 + 53343 WACHTBERG

Tel. 0228 – 324381 // e -mail: post@jwahl.de

Deine / Ihre (notwendige!) Spende

bitte auf mein Konto 101403017 bei der Volksbank Wachtberg, Bankleitzahl 37069805